Bayerischer Landesgesundheitsrat



PM 02/2022 30.05.2022

Bayerischer Landesgesundheitsrat berät über Maßnahmen für eine bedarfsgerechte kinder- und jugendpsychiatrische Versorgung

LGR-Vorsitzende Sonnenholzner: Maßnahmen zur Bewältigung des gestiegenem Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischer Versorgung notwendig

In seiner 12. Sitzung am 30.05.2022 informierte sich der Bayerische Landesgesundheitsrat über das Thema "Gesundheitliche Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen". Die Vorsitzende des Bayerischen Landesgesundheitsrates **Kathrin Sonnenholzner**, **MdL a. D.** betonte: "Die Corona-Pandemie hat zu einer deutlichen Steigerung des Bedarfs an kinderund jugendpsychiatrischer Versorgung geführt. Es ist dringend erforderlich, dieser Entwicklung mit Maßnahmen zur Steigerung des Versorgungsangebots Rechnung zu tragen."

Dr. Daniel Renné, Leiter des Referats Psychiatrie im Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (StMGP) verwies auf die aktuellen Initiativen des StMGP zur Sicherstellung einer adäguaten psychiatrischen Versorgung der Patientinnen und Patienten in Bayern: "Das Staatsministerium ist sich der besonderen Belastungen von Kindern und Jugendlichen durch die Corona-Pandemie sehr bewusst. Die 94. Gesundheitsministerkonferenz 2021 hat auf Initiative des damaligen Vorsitzlandes Bayern mit Beschluss des Leitantrags "Zukunft gestalten – die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kontext der Corona-Pandemie" dieses Thema aufgegriffen. Insbesondere wurde der Bundestag gebeten, eine Enquete-Kommission "Kindergesundheit in Pandemiezeiten" einzurichten, die sich mit den schädlichen Folgen der Corona-Pandemie für die physische und psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auseinandersetzen soll. Auf Landesebene wurde in Bayern ein interdisziplinärer Expertenkreis zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen im Kontext der Corona-Pandemie eingerichtet, um Bedarfe und Möglichkeiten für weitere Maßnahmen auszuloten." Exemplarisch verwies Dr. Renné auf die im September 2021 gestartete Offentlichkeitskampagne zur psychischen Gesundheit von Kindern und ihren Familien während der Pandemie. Über ein kindgerechtes Magazin (das "Muckl-Mag") sollen Eltern und Kinder über diese besondere Zeit ins Gespräch kommen und den Umgang mit eigenen Gefühlen und Reaktionsweisen reflektieren. Für die Eltern wurde zusätzlich ein Heft mit Adressen von Anlaufstellen und Hilfeangeboten bei psychischen Problemen erstellt, das auch Experteninterviews zur Thematik enthält (https://www.muckl-mag.de/). Darüber hinaus werden aktuell die Grundsätze der Staatsregierung zur Versorgung von Menschen mit psychischen Erkrankungen in einem breit angelegten Beteiligungsprozess mit Akteuren der psychiatrischen, psychotherapeutischen und psychosozialen Versorgung einschließlich der Selbsthilfe überarbeitet. Herr Dr. Renné betonte: "Auch hier wird die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen einen großen Stellenwert einnehmen."

Priv.-Doz. Dr. med. Katharina Bühren, Fachärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie sowie Ärztliche Direktorin des Heckscher-Klinikums für Kinder- und Jugendpsychiatrie betonte insbesondere den durch die Corona-Pandemie stark zugenommenen Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischer Versorgung: "Die kinder- und jugendpsychiatrischen Notfallvorstellungen haben seit Herbst 2021 noch einmal merklich zugenommen, die Kliniken sind regelmäßig überbelegt und Wartezeiten für einen stationären Behandlungsplatz betragen mehrere Monate. Auch die teilstationären und ambulanten Behandlungskapazitäten decken den während der Corona-Pandemie deutlich gestiegenen Bedarf bei weitem nicht." In diesem Zusammenhang wies Dr. Katharina Bühren auf die Bedeutung des weiteren Ausbaus des ambulanten psychiatrischen kinder- und jugendpsychiatrischen Angebots hin: "Auf Grund von Personalmangel in fast allen Berufsgruppen, vor allem aber im Pflege- und Erziehungsdienst und bei den Ärztinnen und Ärzten, ist ein Ausbau der stationären Kapazitäten nur in einem begrenzten Maße möglich und wir müssen auch eine Erweiterung und Intensivierung der ambulanten Angebote vorantreiben – dafür brauchen wir aber einige gesundheitspolitische Anpassungen und die Möglichkeit auch psychiatrische Institutsambulanzen kostendeckend betreiben zu können", so Dr. Katharina Bühren.

Dipl.-Soz.päd. (FH) Nicole Nagel, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin und Vizepräsidentin der Bayerischen Psychotherapeutenkammer forderte eine verbesserte Bedarfsplanung der kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgung: "Die psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen hat in der Corona-Pandemie deutlich zugenommen und zeigt sich inzwischen in einem Anstieg psychischer Erkrankungen (v.a. Depressionen, Angst- und Zwangserkrankungen) und damit ein-

hergehend einer vermehrten Inanspruchnahme von Psychotherapie. Es bedarf einer darauf angepassten Bedarfsplanung um die Patientinnen und Patienten gut versorgen zu können."

Weitere Informationen zum Bayerischen Landesgesundheitsrat finden Sie im Internet unter www.landesgesundheitsrat.bayern.de.